

„OGS-Plätze dringend ausbauen“

Stadtelternrat in Bad Honnef wendet sich in einem offenen Brief an die Landesregierung

BAD HONNEF. In einem offenen Brief hat sich der Stadtelternrat Bad Honnef an die Landesregierung gewandt und einen Ausbau der OGS-Plätze sowie der Ganztagschulen gefordert. Sie fordern ob der schwierigen Haushaltslage vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen, dass die Einrichtung Offener Ganztagschulen nicht mehr eine freiwillige Leistung der Kommunen sondern eine Pflichtleistung der Landespolitik sein sollte. „Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, wurden in den letzten Jahren die Ganztagsangebote in Kindergärten und Schulen deutlich aus-

gebaut“, so die Eltern. Auch in Bad Honnef steige die Nachfrage nach Ganztagsbetreuung sowohl im Kindergarten als auch in der Schule stetig an. In ihrem Schreiben an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Schulministerin Sylvia Löhrmann betonen sie: Eltern, deren Kinder zurzeit ganztags einen Kindergarten besuchen, wollten sich darauf verlassen können, „dass ihre Kinder auch in der anschlie-

ßenden Schulzeit ganztags betreut werden“. In Bad Honnef werden derzeit an allen fünf Grundschulen von freien Trägern betriebene Offene Ganztagschulen angeboten, 382 Schüler besuchen die OGS. Doch damit sei der Bedarf der Eltern nicht deckt: „Ein weiterer Ausbau der bestehenden Plätze ist angesichts des Kinderreichtums und der beruflichen Situation der Eltern dringend notwendig.“ Der Stadtelternrat möchte nun wissen,

wie der geschilderten Problemlage zukünftig Abhilfe geschaffen werden soll. Zudem besorgt die Eltern: Die Stadt Bad Honnef befindet sich im Nothaushalt. Da die Einrichtung Offener Ganztagschulen eine freiwillige Leistung der Kommunen ist, sehe sich die Stadt nicht im Stande, das quantitative Angebot an Betreuungsplätzen bedarfsgerecht zu erweitern sowie die Qualität langfristig zu sichern. „Aus unserer Sicht sollte die Einrichtung Offener Ganztagschulen daher nicht mehr eine freiwillige Leistung der Kommunen sondern eine Pflichtleistung der Landespolitik sein.“ hek

